



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 24. Januar 2012 (26.01)
(OR. en)**

**15838/11
ADD 1**

**PV/CONS 63
AGRI 718
PECHE 304**

ADDENDUM zum ENTWURF EINES PROTOKOLLS

Betr.: **3120. Tagung des RATES DER EUROPÄISCHEN UNION
(LANDWIRTSCHAFT UND FISCHEREI) vom 20./21. Oktober 2011 in
Luxemburg**

TAGESORDNUNGSPUNKTE MIT ÖFFENTLICHKEIT DER BERATUNGEN¹

Seite

Liste der A-PUNKTE (Dok. 15467/11 PTS A 93)

Punkt 1:	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 378/2007 des Rates hinsichtlich der Regeln für die Anwendung der fakultativen Modulation von Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik	3
Punkt 2:	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 429/73 mit besonderen Bestimmungen für die Einfuhr in die Gemeinschaft von bestimmten unter die Verordnung (EWG) Nr. 1059/69 fallenden Waren mit Ursprung in der Türkei	3
Punkt 3:	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Aufhebung bestimmter überholter Rechtsakte des Rates im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik	3
Punkt 4:	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Aufhebung bestimmter überholter Rechtsakte des Rates im Bereich der Gemeinsamen Handelspolitik	4
Punkt 5:	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit Vorschriften für die Fischerei im Übereinkommensgebiet der GFCM (Allgemeine Kommission für die Fischerei im Mittelmeer) und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1967/2006 des Rates vom 21. Dezember 2006 betreffend die Maßnahmen für die nachhaltige Bewirtschaftung der Fischereiressourcen im Mittelmeer	4
Punkt 6:	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Europäische Schutzanordnung	5

TAGESORDNUNGSPUNKTE (Dok. 15465/1/11 REV 1 OJ/CONS 62 AGRI 688 PECHE 288)

Punkt 3:	GAP-Reformpaket	5
Punkt 4:	Geänderter Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates hinsichtlich der Abgabe von Nahrungsmitteln an Bedürftige in der Union	6

◊
◊ ◊

¹ Beratungen über Gesetzgebungsakte der Union (Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union), sonstige öffentliche Beratungen und öffentliche Aussprachen (Artikel 8 der Geschäftsordnung des Rates).

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

A-PUNKTE

- 1. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 378/2007 des Rates hinsichtlich der Regeln für die Anwendung der fakultativen Modulation von Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik**

PE-CONS 36/11 AGRI 520 AGRISTR 42 CODEC 1188

Der Rat billigte die im Standpunkt des Europäischen Parlaments in erster Lesung enthaltene Abänderung und erließ den vorgeschlagenen Rechtsakt in der so abgeänderten Fassung gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union.

(Rechtsgrundlage: Artikel 43 Absatz 2 AEUV).

- 2. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 429/73 mit besonderen Bestimmungen für die Einfuhr in die Gemeinschaft von bestimmten unter die Verordnung (EWG) Nr. 1059/69 fallenden Waren mit Ursprung in der Türkei**

PE-CONS 32/11 NT 13 COMER 134 AGRI 468 CODEC 1074

Der Rat billigte die im Standpunkt des Europäischen Parlaments in erster Lesung enthaltenen Abänderungen und erließ den vorgeschlagenen Rechtsakt in der so abgeänderten Fassung gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union

(Rechtsgrundlage: Artikel 207 Absatz 2 AEUV).

- 3. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Aufhebung bestimmter überholter Rechtsakte des Rates im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik**

PE-CONS 33/11 AGRI 512 AGRIORG 116 CODEC 1076

Der Rat billigte die im Standpunkt des Europäischen Parlaments in erster Lesung enthaltene Abänderung und erließ den vorgeschlagenen Rechtsakt in der so abgeänderten Fassung gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union.

(Rechtsgrundlage: Artikel 42 und Artikel 43 Absatz 2 AEUV).

4. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Aufhebung bestimmter überholter Rechtsakte des Rates im Bereich der Gemeinsamen Handelspolitik

PE-CONS 35/11 AGRI 513 AGRIORG 117 PROBA 94 WTO 267 UD 179
STIS 15 CODEC 1184

Der Rat billigte die im Standpunkt des Europäischen Parlaments in erster Lesung enthaltenen Abänderungen und erließ den vorgeschlagenen Rechtsakt in der so abgeänderten Fassung gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (Rechtsgrundlage: Artikel 207 AEUV)

5. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit Vorschriften für die Fischerei im Übereinkommensgebiet der GFCM (Allgemeine Kommission für die Fischerei im Mittelmeer) und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1967/2006 des Rates vom 21. Dezember 2006 betreffend die Maßnahmen für die nachhaltige Bewirtschaftung der Fischereiressourcen im Mittelmeer

- a) Annahme des Standpunkts des Rates in erster Lesung
- b) Annahme der Begründung des Rates

15273/11 CODEC 1640 PECHE 282

+ ADD 1

+ ADD 1 COR 1

12607/11 PECHE 199 CODEC 1173

+ ADD 1

+ COR 1 (el)

+ REV 1 (ga)

vom AStV (1. Teil) am 12.10.2011 gebilligt

Der Rat billigte seinen Standpunkt in erster Lesung gemäß Artikel 294 Absatz 5 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (Rechtsgrundlage: Artikel 43 Absatz 2 AEUV).

Erklärung des Rates

"Der Rat begrüßt die Aussicht auf eine rasche Annahme der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit Vorschriften für die Fischerei im Übereinkommensgebiet der GFCM (Allgemeine Kommission für die Fischerei im Mittelmeer).

Der Rat möchte jedoch betonen, dass der endgültige Text, der bezüglich Artikel 26 angenommen wird, dem künftigen Standpunkt des Rates zu delegierten Rechtsakten nicht vorgreift."

Erklärung der Kommission

"Die Kommission gibt ihrer Besorgnis Ausdruck, dass die eingeschränkten Befugnisse, die ihre Mitgesetzgeber ihr erteilt haben, die Fähigkeit der EU, zu gewährleisten, dass künftige Maßnahmen der GFCM zur Überarbeitung oder Aktualisierung der internationalen Erhaltungs- und Bewirtschaftungsmaßnahmen dieser Organisation rechtzeitig in EU-Recht umgesetzt werden, beeinträchtigen könnten.

Daher wird die Kommission möglicherweise Änderungen dieser Verordnung vorschlagen, mit denen die Zahl der mittels delegierter Rechtsakte anzunehmenden Maßnahmen erhöht wird, falls die Umsetzung in EU-Recht durch das ordentliche Gesetzgebungsverfahren zu Verzögerungen führt, welche die Fähigkeit der EU, ihre internationalen Verpflichtungen einzuhalten, in Frage stellen würden."

6. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Europäische Schutzanordnung

- Politische Einigung
14923/11 COPEN 260 CODEC 1566 JUSTCIV 252
15216/11 COPEN 267 CODEC 1628 JUSTCIV 264

Der Rat erzielte mit qualifizierter Mehrheit eine politische Einigung über den Richtlinienentwurf.

TAGESORDNUNGSPUNKTE

3. GAP-Reformpaket:

- i) **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit Vorschriften über Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen von Stützungsregelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (Direktzahlungs-Verordnung)**
15396/11 AGRI 679 AGRIFIN 87 CODEC 1656
+ REV 1 (en, fr, de)
- ii) **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse (Verordnung "Einheitliche GMO")**
15397/11 AGRI 680 AGRIFIN 88 AGRIORG 178 CODEC 1657
+ REV 1 (en, fr, de)
- iii) **Vorschlag für eine Verordnung des Rates mit Maßnahmen zur Festsetzung bestimmter Beihilfen und Erstattungen im Zusammenhang mit der gemeinsamen Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse**
15400/11 AGRI 683 AGRIORG 180
- iv) **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 des Rates hinsichtlich der Gewährung von Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe für das Jahr 2013**
15398/11 AGRI 681 AGRIFIN 89 CODEC 1658
- v) **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates hinsichtlich der Betriebsprämienregelung und der Unterstützung für Weinbauern**
15399/11 AGRI 682 AGRIORG 179 AGRIFIN 90 CODEC 1659
- vi) **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Förderung der ländlichen Entwicklung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) (Verordnung "Ländliche Entwicklung")**
15425/11 AGRISTR 57 CODEC 1665
+ REV 1 (en, fr, de)

vii) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik (Horizontale Verordnung)

15426/11 AGRI 684 AGRISTR 58 AGRIORG 181 AGRIFIN 92 CODEC 1666
+ REV 1 (en, fr, de)

- Vorstellung durch die Kommission und Gedankenaustausch

Der Rat

- nahm Kenntnis von der Vorstellung der Vorschläge für die GAP-Reform durch die Kommission;
- nahm die ersten Reaktionen der Delegationen zur Kenntnis;
- beauftragte die Vorbereitungsgremien des Rates, die Vorschläge zu prüfen;
- nahm Kenntnis von der Absicht des Vorsitzes, Orientierungsaussprachen über die GAP-Reform auf den Ratstagungen im November (Vorschlag betreffend Direktzahlungen) und Dezember (Vorschlag betreffend die ländliche Entwicklung) zu führen.

4. Geänderter Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates hinsichtlich der Abgabe von Nahrungsmitteln an Bedürftige in der Union

- Orientierungsaussprache
15054/11 AGRI 651 AGRIORG 172 SOC 843 CODEC 1591

Der Vorsitz stellte fest, dass es keine qualifizierte Mehrheit für eine Fortsetzung der Beratungen über den Vorschlag gab.

Der Vorsitz sagte zu, Überlegungen über das weitere Vorgehen anzustellen.

=====